

# Eindeutig Politik gegen einen Stadtteil

**Hoetmar** (gl). Zum geplanten Ratsbürgerentscheid schreibt auch Heinz Nikelewski, ehemaliger Ratsherr der FWG, aus Hoetmar:

Was ist von dem vollmundigen Versprechen des Bürgermeisterkandidaten Linke: „Ich werde mich für den Erhalt des Lehrschwimmbads in Freckenhorst einsetzen!“ übriggeblieben?

An der „Macht“ wird erst mal für das eigene Wohl gesorgt. Zunächst ganz wichtig: ein Dienstwagen wird angeschafft. Dann muss ein Redenschreiber her. Die vorhandenen Mitarbeiter im Bürgermeisterbüro reichen nicht. Im Rahmen der Übernahme des Rechnungsprüfungsamtes durch den Kreis wird ein hochqualifizierter und dotierter Mann freigestellt und vom Bürgermeisterbüro übernommen. Schuldenabbau wird zum Fremdwort. Doch wofür werden Schulden gemacht? Da gibt es so einige Projekte. Angefangen vom Marktplatzumbau über Kunstrasenplätze (je etwa 800 000 Euro) bis zu Parkplätzen für Oberstufenschüler. All diese Maßnahmen mögen ihre Berechtigung haben. Ob ein interkom-

munaler Bauhof die gewünschten Synergieeffekte bringt, um die bisher geschätzten 1,5 Millionen Euro Kosten einzuspielen, ist mehr als unwahrscheinlich.

Das Lehrschwimmbad in Freckenhorst, in dem Generationen von Kindern das Schwimmen lernten und weiter lernen könnten, scheint nun nicht mehr im Interesse des Bürgermeisters zu liegen. Womöglich könnte es im Rat jedoch anders aussehen und dem Lehrschwimmbad mit Stimmen aus allen Fraktionen das Ja zugesprochen werden. Da passt es ausgezeichnet, dass eine für Herrn Linke unliebsame Entscheidung durch einen Ratsbürgerentscheid auf alle Warendorfer Bürger abgewälzt werden soll.

Zur Erläuterung: Mit Hilfe eines Ratsbegehrens können die Gemeindevertretungen eine Abstimmung aller Bürger – den Ratsbürgerentscheid – herbeiführen. Für den Rat gibt es vier Gründe, ein Begehren zu initiieren: 1. weil sich der Rat in einer wichtigen kommunalpolitischen Entscheidung nicht einig war, 2. aufgrund der Auffassung, dass dies die Legitimität einer Entscheidung erhöht, 3. um das An-

liegen eines nicht eingereichten oder unzulässigen Bürgerbegehrens aufzugreifen und 4. als Alternativfrage zu einem zur Abstimmung kommenden Bürgerbegehren.

Zu 1.: Noch hat der Rat nicht ein einziges Mal abgestimmt, zu 2.: Alle Warendorfer sind sicher nicht mit dem Lehrschwimmbad oder mit dem Stadtteil Freckenhorst vertraut oder daran interessiert. Will man so eine Erhöhung der Legitimität erreichen?, zu 3. und 4.: Trifft nicht zu.

Hier wird vom Bürgermeister eindeutig gegen einen Stadtteil Politik gemacht. Aber natürlich soll Freckenhorst weder „ausgeblutet“ noch „abgehängt“ werden. Welche Ironie! Oder geht es, wie die FDP vermutet, eher darum, die Freckenhorster CDU-Ratsmitglieder nicht in die Breddouille zu bringen, gegen die eigene Fraktion stimmen zu müssen? Dann wäre es noch perfider, alle Warendorfer Bürger hierfür zu missbrauchen.

---

*Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Wir behalten uns vor, Zuschriften abzulehnen oder zu kürzen.*

---